

Stellungnahme der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft
zu den Empfehlungen des Interregionalen Parlamentarierrates (IPR) der
Großregion vom 06.12.2019

**1. Empfehlung zu Perspektiven für eine gemeinsame Gedenkarbeit in der
Großregion**

Die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens begrüßt prinzipiell die Empfehlung zur Gedenkarbeit in der Großregion. Im Rahmen der Kulturpolitik verfolgen mehrere Projekte der aktuellen Legislaturperiode einen ähnlichen Ansatz. So steht eine Reihe von Projekten zur Stärkung und Bewahrung des Kulturerbes auf der kulturpolitischen Agenda:

- Weiterentwicklung und Festigung der zentralen Datenbank (Kulturerbearchiv) zur digitalen Sicherung des ostbelgischen Kulturerbes sowie Öffnung dieser für neue Nutzer
- Teilhabe der Gesellschaft am kulturellen Erbe durch Vermittlungsprojekte
- Inventarisierung und Aktualisierung des Denkmälerverzeichnisses
- Ausarbeitung von Unterstützungsangeboten für private Denkmaleigentümer zum Erhalt des ostbelgischen Denkmalschutzbestands
- Einrichtung eines Zentraldepots zur Sicherung der Kulturgüter der Museen und der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Diese Projekte zielen nicht direkt auf die Förderung der Gedenkarbeit ab, tragen aber mit ihrer methodischen Grundlagenarbeit zur Stärkung der lokalen Geschichtsträger wie den Museen oder dem Zentrum für ostbelgische Geschichte bei, damit diese die lokale Geschichte u.a. auch zur Gedenkarbeit inhaltlich aufbereiten können.

Aus Sicht der Deutschsprachigen Gemeinschaft wäre es wünschenswert, wenn ausdrücklich die Methodik des grenzüberschreitenden, dialogischen Erinnerens aufgenommen würde: Der Ansatz des dialogischen Erinnerens reißt tradierte nationale Geschichtserzählungen auf, bringt Erzählungen aus unterschiedlichen regionalen Kontexten heute ins Gespräch und fördert den Dialog und das Verständnis zwischen Bürgern aus unterschiedlichen Grenzregionen. Hierdurch wird die historisch-politische Bildungsarbeit gefördert und die historische Orientierungskompetenz geschult.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft begrüßt ausdrücklich den Aufbau einer gemeinsamen Gedenkarbeit in der Großregion. Es gab in den letzten zwei Jahren schon Projekte, wie das Interreg-Projekt „Land of Memory“, das bereits Gedenkstätten mit ihren Aktivitäten zur Erhaltung einer effektiven Erinnerungskultur kartographierte und auf einer Webseite (aktuell noch in Arbeit) dargestellt hat. Es besteht also ein Netzwerk

in der Großregion, welches sich bereits mit diesem Thema auseinandergesetzt hat und Teil einer strukturierten Reflektion zum Thema sein kann.

Themen der demokratischen Kultur, zu der auch der Umgang mit der Vergangenheit gehört, werden vom Institut für Demokratiepädagogik in der Arbeitsgruppe „Bildung und Erziehung“ der Großregion und in der Unterarbeitsgruppe „Demokratiepädagogik“ in Hinsicht auf formale Schulbildung betrachtet. Es wäre daher wünschenswert, wenn die Kommission 5 Vorschläge ausarbeiten würde, die von den Arbeitsgruppen aufgegriffen werden könnten, um grenzübergreifend Gedenkarbeit mit zeitgemäßen Angeboten an die Schulen zu vermitteln. Gemeinsam gedenken bedeutet auch ein grenzübergreifendes Zusammenwachsen, das durch kritische Analyse der Vergangenheit zu mehr Vertrauen und Gemeinschaft führt.

Das vom St. Vithener Geschichts- und Museumsverein Zwischen Venn und Schneifel und der Stadt St. Vith initiierte Gedenkprogramm im Rahmen der 75 Jahre Ardennenoffensive und Befreiung von der nationalsozialistischen Herrschaft hat ebenfalls eine grenzüberschreitende Komponente. Auch hier wird die Gedenkkultur in die Schulen getragen bzw. an außerschulischen Lernorten in der Großregion vermittelt.

2. Empfehlung zum beschleunigten Ausbau der Wasserstraße Mosel und Abschaffung der Schifffahrtsabgaben auf diesem Gewässer

Die Schifffahrt betrifft nicht die Zuständigkeitsbereiche der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Daher wird von einer fachlichen Stellungnahme zu der vorliegenden Empfehlung des IPR abgesehen. Dennoch begrüßt die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Empfehlungen betreffend den beschleunigten Ausbau der Wasserstraße Mosel und die Abschaffung der Schifffahrtsabgaben auf diesem Gewässer.

3. Empfehlung zur Stärkung des Gemeinsamen Zentrums für Polizei- und Zollzusammenarbeit in Luxemburg

Die Deutschsprachige Gemeinschaft begrüßt die Stärkung des Gemeinsamen Zentrums für Polizei- und Zollzusammenarbeit in Luxemburg und eine Intensivierung der gutnachbarschaftlichen Beziehungen in Europa.

Die Polizeiarbeit gehört nicht zu den direkten Zuständigkeitsbereichen der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Dennoch greifen die Polizeizonen in Ostbelgien regelmäßig auf die Unterstützung der Gemeinsamen Zentren für Polizei- und Zollzusammenarbeit sowohl in Luxemburg als auch in der Euregio Maas-Rhein zurück. Die DG kann somit als Brücke dienen, den Austausch über Best-Practice-Verfahren zwischen den beiden Zentren fördern und auf weitere interessante Modelle partnerschaftlicher Zusammenarbeit der Polizei- und Sicherheitsbehörden hinweisen.

Die Euregio Maas-Rhein war bereits in den neunziger Jahren eine der ersten Regionen Europas, in denen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Polizeidiensten in die Praxis umgesetzt wurde. 2005 wurde auf Initiative des NeBeDeAgPol (Arbeitsgemeinschaft der Polizei in der Euregio Maas-Rhein) EPICC gegründet. "EPICC" (Euregio Police Information & Cooperation Centre), ist eine Polizei-Kooperationsstelle in der Euregio Maas-Rhein, die aus etwa 30 belgischen, deutschen und niederländischen Polizisten, sowie Vertretern der niederländischen Justiz besteht. Dort kooperieren die Polizisten direkt bei der Bekämpfung der grenzüberschreitenden Kriminalität und der Prävention von Straftaten oder Bedrohungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, vor allem in der Grenzregion.

Die NeBeDeAgPol ist eine Arbeitsgemeinschaft von Polizeibehördenleitern in der Euregio Maas-Rhein, die seit 50 Jahren besteht, um auf trilateraler Ebene in der Euregio Maas-Rhein zusammen arbeiten zu können. Die strukturierte und kontinuierliche Arbeit der NeBeDeAgPol ist ein vorbildliches Beispiel der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in Europa.

Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Justizstrukturen ist ebenfalls bei der grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung wichtig und in der Euregio Maas-Rhein bereits institutionalisiert: Das Euregionale Kooperationsbüro für Strafjustiz (BES) ist ein trinationaler Zusammenschluss der Staatsanwaltschaften in der Euregio Maas-Rhein und der Euregio Rhein-Maas-Nord. Sein Ziel besteht darin, die justizielle Zusammenarbeit einzuleiten und zu verbessern.

10 von etwa 60 GZPZ's in Europa nutzen bereits das Europol EDV-Programm „Siena“, das einen gesicherten Informationsaustausch gewährleistet. Ziel sollte die Nutzung des gleichen EDV-Programms für alle Zentren sein, um den Informationsaustausch europaweit zu vergrößern und zu verbessern.

Dieser Ausbau des Informationsaustausches geht auch mit einem Ausbau der Öffnungszeiten der Gemeinsamen Zentren für Polizei- und Zollzusammenarbeit einher um eine rund um die Uhr-Besetzung anzustreben, die den ständigen Zugang zu den polizeilichen Informationen garantiert. Dies erfordert jedoch eine größere personelle und finanzielle Aufwendung.

Ebenfalls eine große Hürde der grenzüberschreitenden Polizeizusammenarbeit ist weiterhin die Sprache. Mögliche Abhilfe könnte die Förderung der Sprachkompetenz in der Ausbildung und Weiterbildungen der Polizisten, die Integration eines schriftlichen Übersetzungsmoduls im EDF-Programm (Siena) oder die Nutzung einer gemeinsam festgelegten Sprache wie Englisch sein.

